

Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bürgerschaft am 16.12.2021

Zu TOP: 9.10

Bewerbung "Jugend entscheidet"

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0200/2021

Frau Kümpers begründet das Anliegen des Antrages. Sie geht darauf ein, dass das Ziel die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse ist und nach ihrer Auffassung der Wille zur Beteiligung bei der Zielgruppe vorhanden ist. Vorteil für die Hansestadt Stralsund ist zudem, dass das Projekt finanziell gefördert wird.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass es seitens der Bürgerschaft mehrfache Versuche gab und gibt, die Kinder und Jugendlichen einzubeziehen. Die Erfahrungen zeigen, auch aktuell, dass die Resonanz sehr gering ist. Er geht auf die derzeitigen Beratungen zur Thematik im Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung ein und verweist auf die Schwierigkeiten, Kinder und Jugendliche mit dem Vorhaben zu erreichen. Zudem ist zu beachten, dass die hauptsächliche Zuständigkeit der Kinder- und Jugendarbeit beim Landkreis VR liegt. Insgesamt bewertet die Fraktion Bürger für Stralsund den neuerlichen Versuch eher skeptisch und wird den Antrag daher ablehnen.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Frau Fot, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als ein wichtiger Aspekt erachtet wird, dem Antrag steht die Fraktion positiv gegenüber und sie signalisiert Zustimmung.

Zum Beitrag von Herrn Hofmann nimmt Frau Kindler Stellung. Sie stimmt zu, dass die Kinder und Jugendlichen sehr schwer zu erreichen sind. Gerade deshalb sieht Frau Kindler in dem vorliegenden Antrag die Möglichkeit, bei professioneller Begleitung zu besseren Ergebnissen als bisher zu gelangen.

Herr Dr. Zabel geht ebenfalls auf die wiederholte Befassung mit dem Versuch einer stärkeren Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und die eher dürftigen Ergebnisse ein. Die Wichtigkeit der Thematik ist unumstritten, insofern wird der nun vorliegende Ansatz unterstützt. Herr Dr. Zabel regt an, den Antrag im Kontext zu betrachten und im Zusammenhang aller bisherigen und aktuellen Beratungen ebenfalls im zuständigen Ausschuss zu behandeln. Entsprechend stellt er den Antrag zur Verweisung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

Herr Paul stellt den vorliegenden Antrag auf Verweisung zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0200/2021 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Bewerbungsverfahren des Projektes „Jugend entscheidet“, als Beteiligungsinstrument junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen, teilzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-10-0719

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 04.01.2022